

Die polnische Presse über die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 und 2009 – eine vergleichende Analyse

Adam Barabasz

Nach seinem Beitritt zur Europäischen Union genießt Polen die vollen Rechte und Pflichten eines Mitglieds der Gemeinschaft. Eines davon ist die Wahl einer Repräsentation von Mitgliedern des Europaparlaments, der Europaabgeordneten. Europaabgeordnete sind die Vertreter ihrer Nation, sie sind an keine Weisung gebunden und können nicht entlassen werden.⁵¹ Dies bedeutet, dass sich Europaabgeordnete in ihren Entscheidungen und ihrem Handeln in erster Linie nach den Interessen ihrer Nation richten und deren Position zu verschiedenen Fragen repräsentieren sollten (vgl. Stępińska 2007: 164).

Das polnische Volk wählte 2004 zum ersten Mal seine Europaabgeordneten. Wenn man die soziale Stimmung jener Zeit betrachtet, die die Begeisterung über den polnischen Beitritt zur EU ausdrückt, und auf der anderen Seite die relativ hohe (fast 60 %) Wahlbeteiligung am Beitrittsreferendum 2003, überrascht die mit 20,87 % niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Ist das ein Ergebnis geringen Bewusstseins und mangelnder Kenntnisse der Polen zu den Funktionsmechanismen der Europäischen Union, oder ist es auch ein Effekt der Mentalität der Polen? Soll man die Schuldigen für das geringe Interesse an den Europawahlen sowohl 2004 als auch 2009 in der Gesellschaft oder auf Seiten der politischen Parteien suchen?

Die vorliegende Arbeit unternimmt eine vergleichende Analyse der Ähnlichkeiten zwischen den Europawahlen in Polen 2004 und 2009, die eventuell eine Antwort auf die Frage erlaubt, was das mangelnde Interesse der Polen an den Europawahlen verursacht. Die Analyse beinhaltet den Stil der Durchführung

51 Ustawa z dnia 23 stycznia 2004 r. Ordynacja wyborcza do parlamentu Europejskiego, Dz. U. 2004, Nr 25, poz. 219.

der Wahlkampagnen, das professionelle Niveau der Kandidaten, die Arten der Präsentation der Kandidaten und ihre Charakterisierung sowie den Grad der gesellschaftlichen Zustimmung zur Institution der Wahlen.

Die Wahlkampagne zum Europaparlament 2004

Die Wahlkampagne zum Europäischen Parlament begann Mitte Mai 2004. Anfangs erschienen in der polnischen Presse wenige Informationen über die Profile der Kandidaten und ihre Ansichten. Je näher der Wahltermin rückte, desto größer wurde das Interesse, das den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Gesellschaft und in den Massenmedien zuteil wurde. Immer häufiger diskutierte man über die Qualifikationen und die Eignung der Kandidaten. In einigen Zeitschriften erschienen klare Vorschläge zur Stimmabgabe.

Am 22. Mai 2004 veröffentlichte die mit der Union für Realpolitik (*Unia Polityki Realnej*, UPR) sympathisierende Zeitschrift „Najwyższy Czas“ einen Bericht über den Wahlparteitag, der die Wahlkampagne zum Europaparlament einleitete. Während des Treffens deuteten die Politiker der Partei an, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament eine Chance dafür seien, dass Polen in Straßburg von glaubwürdigen und kompetenten Leuten vertreten werde, die konsequent gegen bürokratische Absurditäten und erfolgreich für polnische Interessen kämpften (vgl. Kos/Sommer 2004). Der Parteichef der UPR, Janusz Korwin-Mikke, unterstrich, seine Gruppierung sei eurorealistisch geprägt und werde im Europaparlament für ein Europa der Vaterländer kämpfen, nicht aber für ein Europa der Brüsseler Bürokratie (vgl. Kos/Sommer 2004).

Kurz vor den Wahlen enttarnte der Chefredakteur der „NIE“, Jerzy Urban, die verstärkte Aktivität der Bauernparteien *Samobrona* und *PSL*, die knapp zwei Wochen vor den Wahlen Bauern dabei halfen, Formulare für einen Zuschuss aus dem Haushalt der EU auszufüllen. Er betonte außerdem, ein seiner Meinung nach würdiger Kandidat für den Sitz in Straßburg sei der Par-

teiaaktivist der *SLD* Piotr Gadzinowski. Urban zufolge sei er ein erfahrener Politiker, der u. a. mehrmals vor dem Europäischen Parlament sowie dem Europarat sprach (vgl. Gnaś 2004).

Am 11. Juni wurde in der „Trybuna“ eine Liste der Personen veröffentlicht, „die eine Chance verdient“ hätten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Unter den Kandidaten befanden sich Personen aus dem linken Milieu, hauptsächlich aus der *SLD-UP*-Koalition. Auch Adam Gierek, Marek Siwiec sowie Krzysztof Martens deuteten an, dass sie im Falle ihrer Wahl die Option einer pro-sozialen Politik der Europäischen Union unterstützen und im Europaparlament in der Fraktion der europäischen Sozialisten sitzen würden.⁵²

Anfang Juni meldeten die Publizisten der polnischen Presse Bedarf an für eine inhaltliche Diskussion zu den Problemen der Union und das Funktionieren des Europaparlaments. Sie bemängelten zudem das Fehlen klarer Aussagen dazu, welche Rolle die polnischen Europaabgeordneten darin spielen sollten. Politiker, die sich nicht in der Kampagne engagierten und nicht um Wähler kämpften, bewerteten sie als negativ. Dies verhieß keine hohe Beteiligung bei den für den 13. Juni geplanten Wahlen.

Zu den wichtigsten Vorwürfen in Richtung der Wahlkomitees der politischen Parteien gehörten die Thematisierung lokaler Interessen, die von den Kandidaten der Regionen des Landes repräsentiert wurden, sowie die Nutzung der Wahlen zum Europaparlament als Kampagnenauftritt für zukünftige parlamentarische Wahlen im Land.

Dies bestätigten Interviews einiger Politiker in der „Rzeczpospolita“. Der ehemalige Vizechef der *PSL* Zbigniew Kuźmiuk lenkte die Aufmerksamkeit auf die Mittel, die er im Europaparlament für die Wojewodschaft Mazowien aushandeln wolle (vgl. Jabłoński 2004). Konrad Szymański, damaliger Chef der *PiS* aus der Region Oppeln und Niederschlesien, sprach im Interview für „Życie“ hingegen über die „Notwendigkeit, die Regionalfonds für die Region um Oppeln und Niederschlesien auszunutzen“ (Wilkowicz 2004).

52 Dajmy im szansę, wypowiedź prof. Adama Gierka dla „Trybuny“, „Trybuna“ vom 11.06.2004.

Von Anfang Juni bis zum letzten Tag der Wahlkampagnen gab es in der „Rzeczpospolita“ Informationen aus allen Wahlbezirken, über die Fortschritte im Wahlkampf und Wahlpräferenzen der Gesellschaft. „*Wenige Plakate, ein paar Broschüren und Wortwechsel von vor der Kamera lesenden Kandidaten*“ (Południk 2004), „*Ohne außergewöhnliche Aktivitäten*“ (Olczyk / Śmiłowicz 2004), „*An den Säulen und bei der Wurst*“ (Matusz 2004) – dies sind die häufigsten Kommentare, die in der Zeitschrift erschienen.

Die Autoren der „Rzeczpospolita“ wiesen auch darauf hin, dass die Kandidaten neben traditionellen Methoden zur Gewinnung von Wählerstimmen unkonventionelle Arten der Agitation nutzten. Die Kandidatin der Bürgerplattform Małgorzata Handzik färbte sich die Haare rot, um Stimmen von Sympathisanten der Gruppe „Ich troje“ zu gewinnen (vgl. Szymborski 2004), während der regionale Leiter der „Solidarność“ in Suwałki erklärte, dass er „*im Fall seiner Wahl seine Bezüge vom Europaparlament fünf Jahre lang komplett für ein in einer Erklärung genau beschriebenes karitatives Ziel spenden*“ werde (Trusewicz 2004).

Alle Zeitschriften und Zeitungen in Polen wiesen in dieser Zeit auf die fehlenden Ideen der politischen Parteien hin, die Wähler zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen.

Die Journalisten der Zeitschrift „Życie“ verglichen Elemente der Wahlkampagne mit der Strategie der Musikrichtung Disco Polo und unterstrichen den komödiantischen Charakter der Europawahlen in Polen. Sie wiesen darauf hin, dass Volkslieder und ländliche Kundgebungen während der gesamten Kampagne wichtiger waren als inhaltliche Argumente, die die Gesellschaft von der Teilnahme an den Wahlen überzeugen sollten (vgl. Łysiak 2004). Die Publizisten kritisierten die Form der Rede und die Sprache, derer sich die Kandidaten um das Mandat als Europaabgeordnete bedienten.

Wenig professionell geführte Wahlkampagnen ermutigten die Gesellschaft nicht zur Teilnahme an den Wahlen. Umfragen deuteten eine geringe Wahlbeteiligung an. Dazu trug auch der ungünstige Wahltermin bei – ein langes, freies Juni-Wochenende (10.-13.06.2004). Am Tag vor den Wahlen sagte der damalige Vorsitzende des Meinungsforschungsinstituts Pracownia Badań

Opinii Społecznej in Sopot, K. Koczurowski, pessimistisch voraus, dass die Beteiligung an den Wahlen 25 % erreichen könnte, er sich aber nicht wundern würde, wenn sie weniger als 20 % betrüge.⁵³

Am 15. Juni 2004 veröffentlichte die staatliche Wahlkommission die endgültigen Wahlergebnisse. Bei einer gesellschaftlichen Beteiligung, die 20,81 % erreichte, zogen acht Gruppierungen aus Polen in das Europäische Parlament ein. Berufen wurden 54 Europaabgeordnete, die fünf Jahre lang ihre Funktion ausführen sollten.⁵⁴ Die meisten Stimmen, d. h. 24,09 %, erlangte die *Bürgerplattform*.

Den zweiten Platz erreichte mit einem Ergebnis von 15,92 % der Stimmen die *Liga der Polnischen Familien*. Die vor der Wahl unterschätzte Partei (offizielle Umfragen sprachen von 11 %) verdankte eine so große Zustimmung ihrem klar definierten anti-europäischen Standpunkt sowie einem geschickt geführten Wahlkampf.

Den dritten Platz und 12,7 % der Stimmen gewann die Partei *Recht und Gerechtigkeit*. Nach Meinung ihrer Führer war dieses Ergebnis nicht zufriedenstellend.

Die Gruppierung Andrzej Leppers erlangte den vierten Rang, unterstützt von fast 11 % der Wähler. Der Chef der *Samoobrona* sah die Ursache der geringen Unterstützung für seine Gruppierung in der instabilen politischen Situation des Landes, in dem Probleme mit Agrarsubventionen und Gesundheitsdiensten sowie eine ineffizient funktionierende Regierung die Wähler entmutigt hätten. „*Die Menschen haben sich von der Politik entfernt und leben wie im Schatten dieser Wahlen und dessen, was in Polen passiert*“ (Kalukin 2004).

Ein schwaches Ergebnis mit 9,3 % der Stimmen erlangte die *SLD-UP-Koalition*. Obwohl dieses Ergebnis das „*schlechteste Resultat der Postkommunisten seit den Präsidentschaftswahlen 1990*“ war (Gadomski 2004), waren die Führer der Gruppierung der Meinung, dass das Resultat adäquat sei zu dem Platz, der der Partei aktuell auf der politischen Bühne des Landes zukam.

53 Rozmowa z K. Koczurowskim, prezesem Pracowni Badań Społecznych w Sopocie, „Rzeczpospolita“ vom 12./13.06.2004.

54 Ustawa z dnia 23 stycznia 2004 r. Ordynacja wyborcza do Parlamentu Europejskiego, Dz. U. 2004, Nr 25, poz. 219.

Einen Passierschein zur Repräsentation von Wählerinteressen im Europaparlament erhielt die *Freiheitsunion*, für die 7,3 % der Wähler stimmten. Dank des guten Wahlergebnisses kehrte die Gruppierung von Władysław Frasyniuk und Bronisław Gerek zum aktiven, politischen Kampf um die Macht zurück.

Die neu entstandene Partei *Sozialdemokratie Polens* erlangte für ihre Repräsentanten drei Plätze im Europäischen Parlament. Im letzten Moment zeigten sich die Wähler wohlwollend für die Sozialdemokratie. Die Partei Marek Borowskis überschritt die Wahlhürde und schloss mit einem Ergebnis von 5,3 % die Liste der Gruppierungen ab, deren Repräsentanten Plätze im Europäischen Parlament einnehmen sollten.

Kurz nach den Wahlen gab es in der Presse und in den Massenmedien viele kritische Kommentare für die Politiker. Man kritisierte ihren Stil, ihre Sprache, Slogans sowie den Grad ihres Engagements.

Nach Meinung des bekannten Soziologen Paweł Śpiewak war die geringe Beteiligung an den Juniwahlen zum Europäischen Parlament eine Folge des gesellschaftlichen Unglaubens an die politischen Parteien, die Politiker sowie die demokratische Idee allgemeiner Wahlen. Seiner Ansicht nach bewiesen die mit dem Kampf um die Macht beschäftigten Führer der politischen Gruppen in keinsten Weise Verantwortung und Reife, um die Öffentlichkeit vom Sinn der Teilnahme an den Wahlen zu überzeugen. „*Sie führten Vernichtungskampagnen, in denen sie sich gegenseitig beschuldigten, für Korruption und den Niedergang der polnischen Politik verantwortlich zu sein*“ (Śpiewak 2004). Dem Soziologen zufolge tat nicht einmal der damalige polnische Präsident, Aleksander Kwaśniewski, etwas, um seine Landsleute von der Richtigkeit der Teilnahme an den Wahlen zu überzeugen. Stattdessen erklärte er die geringe soziale Beteiligung mit „*sozialer Unreife*“ (nach Śpiewak 2004) sowie „*mangelnder Kommunikation zwischen der Gesellschaft, den politischen Parteien und den Medien*“ (nach Ordyński 2004).

Eine interessante Bewertung der Wahlen zum Europäischen Parlament legte auch der bekannte Politologe Radosław Markowski vor. Er verwies auf den „aus der historischen Tradition der an-

tikommunistischen Opposition herrührenden tief verwurzelten gesellschaftlichen Anti-Institutionalismus“ (Markowski/Kubik 2004) als eine Ursache der geringen Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament. Der Experte verwies auch auf die soziale Struktur und die enorme Diskrepanz zwischen den wählenden Personen mit höherer Bildung und dem Prozentsatz der Menschen, die nur eine Grundschulausbildung vorweisen können. Seiner Meinung nach förderten derart drastische soziale Unterschiede politische Passivität, und der geringe Prozentsatz von Personen, die an den Wahlen teilnehmen, sei ein „Ergebnis der Leistungen unserer politischen Eliten, ihrer kompletten Unfähigkeit, ihre Parteien zu organisieren, der Sozialisation der Wählerschaft und des mühseligen, jahrelangen Prozesses, sie mit eigenen Ideen für sich zu gewinnen“ (Markowski/Kubik 2004). Seiner Meinung nach wird der Mangel an Vertrauen in die politischen Parteien zum weit verbreiteten Phänomen in Polen. „Viele Polen wollen sich nicht mit Politik abmühen, weil sie einschätzen, dass sie ihre Erfolge trotz der Politik und unfähiger Politiker erlangten, und wollen damit nichts zu tun haben – auch nicht in so einfacher Form wie der Beteiligung an den Wahlen“ (Markowski/Kubik 2004).

Am 25. Juni 2004 fand im Amt des Komitees für Europäische Integration ein Seminar zur Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament in Polen statt, an dem hauptsächlich Soziologen und Politologen teilnahmen. Die Experten konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf die Ursachen des geringen öffentlichen Interesses an den Europawahlen. In der übereinstimmenden Meinung der Mehrheit der Seminarteilnehmer kann man die Ursache der historisch niedrigen Wahlbeteiligung⁵⁵ (20,81 %) in der ungenügenden Information der Gesellschaft über die Arbeit des Europäischen Parlaments in der Europäischen Union sehen. Urszula Krassowska vom Meinungsforschungsinstitut TNS-OBOP zufolge bewirkte das Informationsdefizit zur Arbeit des Europäischen Parlaments Schwierigkeiten mit der „*Identifikation der Gesellschaft mit den Kandidaten*“⁵⁶. Während der Debatte

55 Am 13.06.2004 fanden in einigen europäischen Ländern Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Nur in der Slowakei stimmten 16,96 % der Wahlberechtigten. Eine genauere Analyse vgl. Międzynarodowy Przegląd Polityczny“(3/4), (8/9) 2004.

56 <http://www.eurowybory.pl/kul/socjologowie.html>

stellte Krassowska Forschungsergebnisse von OBOP vor, aus denen folgte, dass die Polen keine ausreichenden Informationen zu Themen in Verbindung mit der Europäischen Union erhielten. „Nur 17 % der Befragten fühlten sich gut genug informiert, um einen guten Kandidaten wählen zu können; 78 % fühlten sich ungenügend informiert. Darin kann man eine der Ursachen der niedrigen Wahlbeteiligung sehen.“⁵⁷ Die Teilnehmer gaben die Schuld für den niedrigen Wissensstand der Polen über das Europaparlament und die Probleme der Union den Wahlkampfstäben der politischen Parteien, die die Kampagnen vorbereiteten.

Die Wahlkampagne zum Europaparlament 2009

Am 7. Juni 2009 fanden in Polen schon zum zweiten Male Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Wie auch in den Wahlen von 2004 gewann die *Bürgerplattform* mit 44,43 % der abgegebenen Stimmen. Der zweite Platz ging an die Partei *Recht und Gerechtigkeit*, die 27,3 % der Stimmen erhielt, der dritte an das *SLD-UP*-Bündnis mit 12,34 %, und der vierte an die *PSL* mit 7,01 %. Folgende Gruppierungen scheiterten an der 5 %-Hürde: *Unia Polityki Realnej* (Union für Realpolitik) 1,10 %, *Samobrona* 1,46 %, *Polska Partia Pracy* (Polnische Arbeitspartei) 0,70 %, *Libertas* 1,14 %, *Centrolewica* (Mitte-Links) 2,44 %, *Prawica Rzeczpospolitej* (Politische Rechte der Rzeczpospolita) 1,95 %, *Polska Partia Socjalistyczna* (Polnische Sozialistische Partei) 0,02 % sowie *Naprzód Polsko* (Vorwärts Polen) mit 0,02 % der abgegebenen Stimmen.⁵⁸

Ähnlich wie 2004 war die Beteiligung nicht besonders hoch. Diesmal gingen etwas mehr zu den Wahlurnen als bei den letzten Wahlen, doch mit 24,5 % der Polen war die Beteiligung gering. Noch vor den Wahlen befürchteten die Massenmedien die landesweit niedrigste soziale Unterstützung für die demokratische Institution der allgemeinen Wahlen. Ein weiteres Mal gab die polnische Gesellschaft der Politik ein klares Signal des Desinte-

57 Ibidem.

58 Eine genauere Analyse vgl. www.eurowybory-2009.org.pl

resses an öffentlichen Angelegenheiten. Im Wahlkampf interessierten innenpolitische Themen stärker als europäische. Vor allem durch die Politiker selbst wurden die Wahlen zum Europaparlament – ähnlich wie 2004 – mit nationalen Wahlen gleichgesetzt.

Während der gesamten Zeit des Wahlkampfes stellten die wichtigsten Zeitschriften und Tageszeitungen Portraits der Kandidaten um einen Sitz in Straßburg vor. Die Publizisten der polnischen Presse bewerteten darüber hinaus den Verlauf des Wahlkampfes und mobilisierten die Gesellschaft zur Teilnahme an den Wahlen.

Am 31. Mai wies man in „*Myśl Polski*” – einer mit dem rechten Teil der politischen Szene Polens sympathisierenden Zeitschrift – darauf hin, dass sich die Europawahlen im Land eines geringen öffentlichen Interesses erfreuen. Den Grund für diesen Sachverhalt sah man in den begrenzten Befugnissen der Europaabgeordneten, die in Straßburg nicht viel zum Wohle Polens gewinnen könnten (vgl. Lipiński 2009).

Ein Journalist des Wochenblatts, Zbigniew Lipiński, verband das Auftreten von *Libertas Polska* auf der politischen Bühne mit dem Versuch einer Rückkehr der Gruppierung Roman Giertychs – der *LPR*, für die die vorherigen Wahlen mit einem Erfolg endeten. Wie bereits erwähnt, stimmten 2004 fast 16 % der Wähler für die *LPR*.

Am 24. Mai erschien im „*Zielony Sztandar*” – eine die *PSL* unterstützende Zeitschrift – ein Gespräch mit dem Kandidaten zum Europaparlament Eugeniusz Kłopotek. Er wies darauf hin, dass es in Straßburg sowie anderen EU-Institutionen eine Diskussion gebe, die Ausgaben für die Landwirtschaft zu begrenzen. Nach Meinung Kłopoteks sollte Polen eine verantwortungsbewusste Repräsentation ins Europaparlament entsenden, die eine große Unterstützung für das polnische Land erhält.⁵⁹

Ryszard Czarnecki warnte in der Wochenzeitung „*Gazeta Polska*”, dass die polnische Rechte während der Wahlkampagne zum Europaparlament erbittert um jede Wählerstimme kämpfte, um – ähnlich wie die spanische Rechte – den Sozialisten nicht die Macht zu überlassen (vgl. Czarnecki 2009).

59 Ordynacja jest niekorzystna dla małych okręgów, rozmowa z Eugeniuszem Kłopotkiem, „*Zielony Sztandar*”, 24. Mai 2009.

In ihrer Bewertung der Kampagne zum Europaparlament kritisierten polnische Publizisten sowohl die von den Parteien lancierten Parolen als auch die Atmosphäre, in der die Wahlen stattfanden. Darüber hinaus verwiesen sie auf die geringen Kompetenzen der Kandidaten und ihre sprachlichen Fähigkeiten.

Der britische Feuilletonist Edward Lucas – Korrespondent bei „The Economist“ und im Alltag Journalist des Wochenblatts „Wprost“ – lud alle Kandidaten um einen Sitz in Straßburg zu einer Debatte in englischer Sprache. Nur fünf Personen beantworteten seine Einladung positiv: Danuta Hübner, Dariusz Rosati, Michała Kamiński, Artur Zawisza und Bogusław Liberadzki. Lucas zufolge bewältigten alle fünf die in englischer Sprache gestellten Fragen. Am besten jedoch schlug sich Kommissarin Danuta Hübner: *„Ich hatte den Eindruck, dass sie im Gegensatz zu den anderen Kandidaten der Debatte die ganze Zeit Englisch dachte. Bei ihr verwandelten sich Gedanken automatisch in Worte, was bei den anderen Teilnehmern nicht zu sehen war. Ich weiß, der Grund für diese große Leistung liegt in der Brüsseler Verwaltung. Ein Gefühl für Nuancen und die Fähigkeit, den richtigen Moment zu wählen, sicherten ihr eine besondere Qualifikation für die Diplomatie hinter den Kulissen des Europäischen Parlaments“* (Lucas 2009).

Adam Szostkiewicz kritisierte in der „Polityka“ die von den politischen Parteien in der Wahlkampagne zum Europaparlament lancierten Parolen: der PO „Steh auf für Polen (*Postaw na Polskę*)“, der PiS „Mehr für Polen (*Więcej dla Polski*)“, der Mitte-Linken „Europa sind die Menschen (*Europa to ludzie*)“, der Rechten „Europe der normalen Menschen (*Europa normalnych ludzi*)“ sowie der Bäuerlichen „Erfolg Europas – Erfolg Polens (*Sukces Europy sukcesem Polski*)“. Der bekannte Publizist wies darauf hin, dass die vertretenen Slogan in keinem Bezug zu den europäischen Wahlen stünden. *„Es genügt nicht, Polen oder die Verteidigung der polnischen Interessen zu rezitieren, weil dies klingt, als sei Europa uns gleichgültig oder als glaubten wir nicht, dass Europa eine Zukunft hat“* (Szostkiewicz 2009).

Der bekannte Publizist für Newsweek-Polska, Andrzej Stankiewicz, wies in seiner Zeitschrift auf die Motive hin, die die Kandidaten um einen Sitz in Straßburg leiten. Unter den wich-

tigsten erwähnte er: „*Warten auf bessere Zeiten, einen bequemen Ruhezustand, Aufwärmen vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr, finanzielle Motive*“ (Stankiewicz 2009).

Eine weitere herausragende Feuilletonistin der Wochenzeitung „Polityka“, Janina Paradowska, bezeichnete die Wahlkampagne als eintönig und „*um die Regel scharfer Reden beraubt, dieser ganzen dekorativen nationalen Krakelerei*“ (Poaradowska 2009).

Im Kreise der polnischen Publizisten entflammte auch eine Diskussion um die Kompetenzen des Europaparlamentes. Einige meinten, ihr Fehlen bzw. ihre Unverständlichkeit oder ihre Unbestimmtheit sei das wichtigste Argument von Gegnern einer Wahlteilnahme (Wildstein 2009). Es gab auch jene, die meinten, das Europaparlament wache über die Union, es sei ein „*Faktor, der die Union eint, es versucht, nationale Egoismen zu mildern. Besonders für ein schwächeres Land, so ein Land wie Polen, ist das sehr notwendig*“ (Ostrowski 2009; ähnlich bei Kowalska-Iszkowska 2009; Cosić 2009).

In der Woche vor den Wahlen erschienen in der polnischen Tagespresse, u. a. in „Gazeta Wyborcza“, „Rzeczpospolita“ und „Dziennik“, detaillierte Informationen aus allen Wahlbezirken. Man analysierte die Fortschritte der Wahlkampagnen und versuchte die Wahlpräferenzen der Gesellschaft zu erraten. Die Journalisten waren übereinstimmend der Meinung, dass sich die ihrem Ende nähernden Wahlkampagnen zum Europäischen Parlament mit geringem Aufwand an Kraft und Mitteln sowie ohne Ideen durchgeführt wurden und daher wenig interessant waren (vgl. Holzer 2009; Pszczółkowska 2009; Zalesiński / Goss 2009).

Die polnische Presse wies auch auf eine mögliche Rückkehr der *Samoobrona* auf die politische Bühne hin. Obwohl die Partei Andrzej Leppers sich meist unter den Gruppierungen befand, die die erforderliche Schwelle nicht überschreiten konnten, gewann sie in einigen Regionen doch 5 % der Stimmen. Obwohl Lepper selbst auf keiner Liste kandidierte, versteckte er seine große Zufriedenheit nicht: „*Unser Ziel ist die Rückkehr in den Sejm*“ (nach Manys 2009).

„Dziennik“ wies auf das neue Auftreten des *Samoobrona*-Führers hin. Dieses Mal zog in Leppers Auftreten nicht die rot-weiße Krawatte die Aufmerksamkeit auf sich, sondern ein breiter und wie frisch poliert glänzender Ring. Eine Autorin der Zeitung, Kamila Wronkowska, unterstrich, dies sei kein Zufall, sondern eine durch Spezialisten für politisches Image ausgeklügelte Taktik. *„Das ist ein eigenartiger Versuch einer Säuberung des Bilds des in eine Sexaffäre verstrickten Führers der Samoobrona“* (Wronkowska 2009a).

Am 4. Juni wurde im „Dziennik“ ein vorläufiger Bericht der Stefan Batory Stiftung zur Finanzierung der Wahlkampagnen zum Europaparlament vorgestellt. Daraus ging hervor, dass Politiker sowohl des rechten als auch des linken Spektrums der polnischen Politik die Wahlordnung für ihre eigenen Wahlziele ausnutzen: *„Danuta Hübner (PO) nutzte in ihrem Wahlkampf einen Dienstwagen der Europäischen Kommission, Tomasz Artukowicz (PO) wünschte Abiturienten auf speziellen, aber nicht mit dem Parteilogo gekennzeichneten Plakaten Glück, Ryszard Czarnecki (PiS) warb auf von einer der Fraktionen des Europäischen Parlaments finanzierten Plakaten, Sylwia Pusz (SLD) strahlte in einem lokalen Fernsehsender ein Programm aus, das sie auf Plakaten mit ihrem Bild bewarb“* (Wronkowska 2009b).

Nach Meinung der genannten Publizistin, Kamila Wronkowska, konnte man auf den Internetseiten der Kandidaten Missbrauch beobachten, die oft nur für die Europawahl-Kampagnen eingerichtet worden waren. All diese Kosten sollten sich in den Berichten zu den Wahlen finden.

Kurz vor den Wahlen sagte die polnische Presse einen Sieg der *Bürgerplattform* voraus, für die die Unterstützung ungefähr 47 % der Stimmen erreichen müsste. Aus Umfragen ging auch hervor, dass einige Sitze in Straßburg auch von Vertretern der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (ca. 26 % der Stimmen), von der *SLD-UP* (ca. 10 % der Stimmen) und der *PSL* (7 % der Stimmen) besetzt werden könnten. Unterhalb der Sperrklausel blieben die *Samoobrona*, *Libertas Polska*, *Mitte-Links*, *Rechte der RP*, *UPR* und *PPP*.⁶⁰

60 Vgl. Daten einer Vorwählerhebung, Homo Domini im Auftrag von „Dziennik“ sowie Polsat, (in): „Dziennik“, 05.06.2009.

Am 8. Juni 2009 erschienen nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse in der polnischen Presse viele negative Kommentare, die Politiker anprangerten, denen die Schuld für die geringe gesellschaftliche Beteiligung und das fehlende soziale Bewusstsein für die Institution des Europaparlaments zugewiesen wurde.

Am 9. Juni warnte die mit linken Gruppierungen sympathisierende „Trybuna“ auf Basis einer Analyse der Europawahlen, „Europa biegt rechts ab“ (vgl. auch Pawlicki 2009; Pruszczólkowska 2009). Obwohl die Parteichefs mit den erzielten Ergebnissen relativ zufrieden waren, schätzten sie, dass – sowohl in der Ausführung der polnischen wie auch der europäischen Linken – ein Problem der Kampagne in der Gleichsetzung der Europawahlen mit nationalen Wahlen lag: „*Die Krise der Wahlbeteiligung wird von den Sozialisten und Sozialdemokraten als Ergebnis innerer Probleme, Versäumnisse und Skandale empfunden*“ (Rosolak / Latosek 2009).

Auch in „Myśl Polska“ bewertete man die abgeschlossene Kampagne für die Europawahlen kritisch. Maciej Eckardt, Autor der rechten Wochenzeitung, stellte die These auf, dass die Präferenzen der polnischen Gesellschaft vom Rationalismus geprägt gewesen seien. Aus diesem Grunde stimmten die Polen für in der polnischen Politik bekannte Namen. In einem Wahlresümee unterstrich er die Hegemonie der *Bürgerplattform*, die Härte der *PiS* sowie die enttäuschten Hoffnungen der *SLD/UP*. Die Ergebnisse der rechten Gruppierungen bewertete er folgendermaßen: „*UPR (1,10 %) – unerschütterlicher Standard, Libertas (1,14 %) – ein Ei, das sich als faules erwies, Rechte der Rzeczpospolita (1,96 %) – sympathische Leute mit unsympathischem Ergebnis.*“ (Eckardt 2009).

Ein anderer Publizist des Wochenblatts, Maciej Motas, suchte ebenfalls die Ursache der Niederlage von *Libertas* in den Europawahlen. Als wichtigste Gründe nannte er: das Fehlen eines klaren Unterschieds zwischen *Libertas Polska* und anderen rechten Gruppierungen, besonders der *PiS*, das Greifen zu Parolen von vor dem polnischen EU-Beitritt während des Wahlkampfes sowie das Fehlen einer inhaltlichen Kampagne, die sich wirklich auf das Verhandlungsprogramm reduzierte (vgl. Motas 2009).

Der ehemalige Vorsitzende der polnischen Presseagentur PAP, Piotr Skwieceński, beklagte das mangelnde Bewusstsein der polnischen Gesellschaft über EU-Verordnungen und Rechtsvorschriften. Er suggerierte, dass die Unterschätzung oder gar das Unverständnis über den Status des EP im ganzen Land ein häufiges Problem sei: *„Dieses Bewusstsein ist besonders in Polen sehr insular. Im Ergebnis verlieren alle – von den wichtigsten Sektoren der polnischen Industrie bis zu den mit einer Vielzahl von Themen befassten Non-Profit-Organisationen – zu oft verschiedene Chancen. Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf europäische Regelungen nutzen wir nicht in dem Moment, in dem es am einfachsten ist – nämlich dann, wenn sie die Ausschüsse des EP durchlaufen“* (Skwieceński 2009).

Der „Polityka“-Journalist Mariusz Janicki erklärte die geringe gesellschaftliche Beteiligung an den Europawahlen u. a. mit der geltenden Regel, dass sich Europawahlen nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa eines im Vergleich zu den nationalen Wahlen viel geringeren Interesses erfreuen. Unter anderen Gründen für das geringe gesellschaftliche Engagement nannte er den Mangel an einer wirklich sachlichen Wahlkampagne.

Die Dominanz nationaler, nicht europäischer Interessen in den Europawahlen warf Paweł Świeboda (Direktor des Zentrums für Europäische Strategie Demos Europa) den politischen Parteien Polens in „Newsweek“ vor: „Die Parteien starren unter nationalen Vorzeichen, und erst im EP schließen sie sich zu Fraktionen zusammen. Christdemokraten, Bauern und gemäßigte Konservative bilden dort zum Beispiel die Europäische Volkspartei. Die Sozialdemokraten sind in der Partei der Europäischen Sozialisten verbunden. Während der Debatten aber ist keine Rede von Parteidisziplin. Es zählen vor allem nationale Interessen (Gańczak 2009). Świeboda zufolge festigte nicht einmal die Finanzkrise die Europäer, weil jedes Land für wirtschaftliche Probleme ein individuelles nationales Programm und Rezept hat. Seiner Meinung nach waren die Europawahlen eine hervorragende Gelegenheit, um über Europa zu klagen und der Union die Schuld für nationale Probleme zuzuschreiben.

In etwas anderem Ton kommentierte Jolanta Kowalska-Iszkowska, „Newsweek“-Journalistin, im Artikel *„Więcej dla Polski, więcej dla Tuska (Mehr für Polen, mehr für Tusk)“* die Europawahlen. Sie verwies auf die Resonanz, die der Sieg der Partei Donald Tusks bei den Europawahlen in Europa hervorrief. Sie betonte, die Unterstützung der PO durch die Wähler in den Europawahlen stelle deren pro-europäisches Image noch stärker heraus. *„Im Vergleich der gesamtpolnischen Ignoranz gegenüber einer Teilnahme an den Europawahlen ist Polen gut weggekommen, und dies bringt Polen in die Rolle eines aktiven europäischen Akteurs, der in den Brüsseler Salons immer stärker zählen wird.“* Ferner betonte sie, dass die polnischen Politiker mit Donald Tusk an der Spitze die Chance hätten, in Europa eine immer größere Rolle zu spielen, u. a. durch ihre versöhnliche Haltung. Sofort nach den Wahlen wies sie auch darauf hin, dass die Chancen von Janusz Lewandowski auf ein Amt in der Europäischen Kommission im Falle eines Siegs Jerzy Buzeks im Kampf um den Chefsessel des EP immer geringer werden (Kowalska-Iszkowska 2009).

Die größte Enttäuschung der Europawahlen bewertete das Zweiwochenblatt *„Polska Scena Polityczna“*. Nach Meinung des Vizevorsitzenden von *Libertas Polska*, Daniel Pawłow, sollte das breite Übereinkommen der rechten Kreise trotz des schwachen Resultats weiter funktionieren: *„Wir müssen eine gewisse Analyse durchführen, ob dieses Projekt Chancen hat, sich in Polen zu entwickeln, denn nach unserer Bewertung ist der Sinn unserer Aktivitäten trotz der Wahlergebnisse deutlich sichtbar.“*⁶¹

Zusammenfassung

Journalisten der polnischen Presse zufolge konnte man sowohl 2004 als auch 2009 in beiden „Europa-Kampagnen“ das Fehlen des vollen Einsatzes der Parteistäbe in den Europawahlen bemerken. Ihre Strategie lag eher in einer Erinnerung der Wählerschaft als in der Bewerbung der eigenen Kandidaten für einen Sitz in Straßburg. Deshalb wird in Presseveröffentlichungen auch

61 Vgl. *Libertas Polska, Polska scena polityczna*, Warszawa, 01.-15.06.2009.

oft die These aufgestellt, dass die Europawahlen ein *Warm-Up* vor den Parlaments- und Kommunalwahlen darstellten, aber kein Ereignis „an sich“ gewesen seien.

Der unbestreitbare Erfolg in den Wahlen vom 13. Juni 2004 überraschte die Führer der *Liga der Polnischen Familien* positiv. Der Vorsitzende des Kongresses der LPR, Roman Giertych, sagte damals, dass dies der Beginn von Veränderungen sein würde, die zum Bau der IV. Polnischen Republik führen würde (Lizut 2004). Er versprach ferner die Vorbereitung von Alternativen für die Polen: *„Wir wollen eine wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche Alternative bereitstellen, die es in den kommenden Sejm-Wahlen erlaubt, eine national-konservative Regierung aufzustellen, die über eine Mehrheit verfügen wird und ein anderes Programm als das der letzten 15 Jahre umsetzen wird“* (Śmiłowicz 2004).

Doch 2009 zeigten u. a. Journalisten der „Rzeczpospolita“ das wahre Ziel „europäischer Wahlen“. Sie deuteten an, dass die Wahlkampagne zum Europaparlament nicht nur ein Kampf um Mandate gewesen sei, sondern auch das politische Spiel in ihrer Heimat, bei dem jede Partei mehr oder weniger versteckte Interessen habe: *„Wojciech Olejniczak (SLD) zog nach Warschau, um seine Positionen vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr auszubauen ... Elżbieta Jakubiak (PO) und Paweł Poncyliusz (PiS) behandelten die Kampagne wie ein Warm-Up vor den Wahlen zum Warschauer Stadtpräsidenten ... Jolanta Szczypińska wollte in Pommern Jacek Kurski beerben ... Die Bäuerlichen verhehlten nicht, dass sie die Wahlen für eine Stärkung ihrer Position in der Koalition ausnutzen wollten“* (Manys 2009).

Ein weiteres gemeinsames Merkmal beider Kampagnen war ein Defizit an wirksamen Slogans, die die Wähler von der Teilnahme an den Wahlen überzeugte. Angesichts des geringen öffentlichen Interesses an den Europawahlen (2004 20,81 %, 2009 24,5 %) waren beide Wahlkämpfe von einer geringen Effektivität gekennzeichnet: *„Die Kampagne erfüllte keine der Aufgaben, denen sie dienen sollte: Sie ermutigte die Polen nicht zur aktiven Teilnahme an den Wahlen, sie erfüllte nicht einmal ihre Informations- und Persuasivfunktion bei vielen von denen, die ihr Interesse an den Wahlen erklärten“* (Stępińska 2007: 164).

2004 beispielsweise verglichen Journalisten der „Gazeta Wyborcza“ die Sprache der Kampagne mit der Bewerbung neuer Produkte auf dem Markt. Sie betonten, dass die Produzenten in den besten Werbespots durch ausgefeilte Methoden in der Lage sind, das Publikum zu erreichen: *„mit Gedichtfragmenten, einem Streifen des Frühlings, solider Argumentation, guter Musik“*⁶². Sie wiesen darauf hin, dass es in den Wahlspots der Kandidaten als Europaabgeordnete nichts gab, um die Aufmerksamkeit der Wähler zu gewinnen. Ihrer Meinung nach sprach die Mehrheit der Kandidaten in einer Sprache, die die Gesellschaft nicht verstand: *„Marketing spezialisten schrieben miesen Akteuren miese Szenarien, noch schlimmere schreibt ihnen das Leben.“*⁶³

Im Wahlkampf 2009 war es ähnlich. Das Fehlen einer überzeugenden Kampagne zeigte sich in den durch die Wahlkampfstäbe lancierten „billigen“ Parolen. Dies bemerkten u. a. Journalisten der „Polityka“. *„...Die Kampagne war schlecht, basierte auf aufgewärmte Tricks, und die Wahlkampfstäbe verhehlten nicht, dass – solange das Wahlrecht im Falle bei diesen Wahlen keine Rückerstattung der Ausgaben vorsieht – diese eingespart werden, weil das eigentliche Geld gebraucht wird, für den Präsidentschaftskampf im nächsten Jahr oder die Parlamentswahlen 2011“* (Janicki 2009; vgl. auch Szostkiewicz 2009; Paradowska 2009). Diese auf Plakatwänden und Postern sichtbaren Einsparungen konnten die Aufmerksamkeit der Gesellschaft nicht fesseln. Deshalb kamen zu den Treffen mit den Kandidaten manchmal nur einige Personen.

Sowohl in den Wahlen 2004 als auch 2009 waren die Trennungslinien zwischen den Parteien, der Stil der Rivalität und die hervorgebrachten Argumente ähnlich. In beiden Wahlkämpfen siegte die *Bürgerplattform*, was aus Sicht Brüssels die polnische Europafreundlichkeit garantieren sollte. Am rechten Rand der polnischen Politik berief man sich 2009 hingegen auf beinahe die gleichen Slogans wie 2004. Nach Ansicht einiger Publizisten war man im letzten Wahlkampf 2009 sogar zu Vor-Beitritts-Parolen zurückgekehrt.

62 Opinie, Kampania czerwcowa, „Gazeta Wyborcza“ vom 09./10.06.2004.

63 Ibidem.

In beiden Kampagnen entwickelte die Rechte keine geeignete Wahltaktik – sie war ideologisch gespalten und zerstritten. Journalisten der polnischen Presse deuteten an, diese Haltung sei 2004 in den Aktivitäten von *Recht und Gerechtigkeit* sichtbar gewesen.

In dieser Zeit sah man sie als schwer zu definierende und zu identifizierende Partei. Zunächst stellte die Partei Lech Kaczyńskis im Bündnis mit der *Bürgerplattform* eine gemeinsame Liste für die Kommunalwahlen 2002 auf, dann trennte man sich von den Liberalen und träumte von der Bildung einer eigenen starken Partei. „Vor allem sollten wir wissen, wofür wir eigentlich handeln. Denn zurzeit habe ich den Eindruck, dass unser einziges Ziel der Präsidentensessel für Lech Kaczyński ist ... Was ist unser Standpunkt zur Europäischen Union? Mit wem sollen wir zusammenarbeiten, mit der PO oder der LPR? Haben wir ein Wirtschaftsprogramm?“ (nach Janicki 2009), fragte kurz vor den Wahlen 2004 ein irritierter Parteiaktivist.

2009 wurden die Brüche in der Rechten durch das Wahlergebnis von *Libertas Polska* bestätigt, das bewies, wie wichtig das Engagement und die Unterstützung Pater Rydzyks sowie die Gemeinschaft rund um Radio Maryja für die geteilte Rechte ist.

Sowohl 2004 als auch 2009 bemühte sich der *Bund der Demokratischen Linken* (SLD), die Teilung der rechten Seite der politischen Bühne Polens auszunutzen. Er schickte zwar in beiden Fällen seine Repräsentanten nach Straßburg, aber das erreichte Ergebnis konnte seine Mitglieder und Sympathisanten kaum befriedigen. Die Wahlen bestätigten die relativ geringe öffentliche Unterstützung für die Linke in Polen (2004 bis 9,3% der Stimmen in 2009 bis 12,3%). Gleichwohl erkannten ihre Führer an, dass das Ergebnis sowohl 2004 als auch 2009 nicht das schlechteste war und dem Rang entsprach, den die Partei aktuell im politischen Forum des Landes einnimmt.

Am 4. Juni 2009, zum Ende der Kampagne, appellierten die SLD, die UP, die Landesrentnerpartei (*Krajowa Partia Emerytów i Rencistów*), die Polnische Linke (*Polska Lewica*), die Bewegung der Wirtschaftliche Erneuerung (*Ruch Odrodzenia Gospodarczego*), die Ordynacka-Vereinigung (*Stowarzyszenie Ordynacka*), die

Smolna-Vereinigung (*Stowarzyszenie Smolna*) sowie die Veteranen der Linken (*Weterani Lewicy*) für eine Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Der Appell basierte auf einigen tragenden propagandistischen Parolen: „Wir fürchten uns nicht vor einer Rückkehr der PiS an die Macht“; „Zeigen wir der kollidierenden Rechten die rote Karte“; „Wähler, die 2007 der PO die Stimme gaben – kommt zu uns zurück!“⁶⁴.

In ähnlichem Ton äußerte sich Longin Pastusiak, der in der „Trybuna“ nahelegte: „Die Arbeiter behaupten sich nicht in einer Demokratie, in der es keine angemessene linke Vertretung in den Organen der Legislative und der Exekutive gibt.“⁶⁵ Pastusiak zufolge drängte der laufende Wahlkampf, insbesondere die Haltung der rechten Parteien, linke Gruppierungen an den Rand. Im Europaparlament gäbe es keine Ausarbeitung konstruktiver Entscheidungen ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Partei Europas. „Das Parlament kontrolliert die Exekutive in der Union. Es reduziert also das Demokratiedefizit in der EU. Das beruht darauf, dass die EU-Exekutive mehr Befugnisse hat als die gewählten Organe.“⁶⁶

Genau wie vor fünf Jahren Krzysztof Teodor Toeplitz, meinte Longin Pastusiak, die Europäer neigten zu einer euroskeptischen Haltung und interessierten sich nicht für Gemeinschaftsprobleme. Dies beschreibt wohl auch das polnische Paradox der Europawahlen (vgl. Toeplitz 2004).

64 Apel o udział w wyborach do Parlamentu Europejskiego, „Trybuna“ vom 04.06.2009.

65 Wsłuchać się w opinie ludzi, rozmowa z Longinem Pastusiakiem liderem okręgu pomorskiego listy SLD-UP, „Trybuna“ vom 01.06.2009.

66 Ibidem.

Literatur

- Cosić, D. (2009): Po co nam Europarlement? „Wprost”, 31.05.2009.
- Czarnecki, R. (2009): Zapatero przy ścianie, „Gazeta Polska”, 27. Mai 2009.
- Eckardt, M. (2009): No i po wyborach, „Myśl Polska”, 21-28.06.2009.
- Gadomski, W. (2004): opinie, „Gazeta Wyborcza” vom 21.06.2004.
- Gańczak, F. (2009): Europejska zadyszka, „Newsweek Polska”, 14.06.2009.
- Gnaś, K. (2004): Nadchłopi, „NIE” vom 10.06.2004.
- Holzer, R. (2009): Chłód przed eurowyborami, „Rzeczpospolita”, 3.06.2009.
- Jabłoński, P. (2004): Nauczmy Unię naszej historii, poprawimy traktat, „Rzeczpospolita” vom 07.06.2004.
- Janicki, M. (2009): Każdy wziął swoje, „Polityka” vom 13.06.2009.
- Kalukin, R. (2004): Panie jaka porażka?, rozmowa z Andrzejem Lepperem na temat niskiego poparcia społecznego dla Samoobrony w wyborach do Parlamentu Europejskiego, „Gazeta Wyborcza” vom 15.06.2004.
- Kos, D./Sommer, T. (2004): UPR ruszyła z bloków, „Najwyższy Czas” vom 22.05.2004.
- Kowalska-Iszkowska, J. (2009a): Odsiecz ze Strasburga, „Newsweek – Polska”, 07.06.2009.
- Kowalska-Iszkowska, J. (2009b): Więcej dla Polski, więcej dla Tuska, „Newsweek Polska”, 21.06.2009.
- Lipiński, Z. (2009): Wyścig do brukselskiej kasy, „Myśl Polska”, 31. Mai 2009.
- Lizut, M. (2004): Europejczyk Giertych, „Gazeta Wyborcza” vom 15.06.2004.
- Lucas, E. (2009): Mówicie po angielsku lepiej niż ja po polsku, „Wprost”, 07.06.2009.
- Łysiak, T. (2004): Disco polo wyborcze, „Życie” vom 04.06.2004.
- Manys, K. (2009a): Lepper odżywa w eurokampanii, „Rzeczpospolita”, 03.06.2009.
- Manys, K. (2009b): Walka o euromandaty, nie tylko, „Rzeczpospolita” vom 05.06.2009.
- Markowski, R./Kubik, A. (2004): Kłopot z głosem, „Gazeta Wyborcza” vom 15.06.2004.
- Matusz, J. (2004): W mediach, na słupach i przy kielbasie, „Rzeczpospolita” vom 02.06.2004.
- Motas, M. (2009): Libertas – klęska totalna, „Myśl Polska”, 21-28.06.2009.
- Olczyk, E./Śmiłowicz, P. (2004): Latające torty i koguty, „Rzeczpospolita” vom 11.06.2004.
- Ordyński, J. (2004): Defekt naszej demokracji, rozmowa z prezydentem Polski Aleksandrem Kwaśniewskim, „Rzeczpospolita” vom 15.06.2004.
- Ostrowski, M. (2009): Jedyny show w mieście, „Polityka”, 06.06.2009.
- Pawlicki, J. (2009): Eurostrachy na lachy, „Gazeta Wyborcza” vom 08.06.2009; D. Pruszczółkowska, Euroscepca, „Gazeta Wyborcza”, 08.06.2009.
- Paradowska, J. (2009): Nastrój siadł, „Polityka”, 06.06.2009.
- Południk, E. (2004): Tylko, żeby się przypomnieć, „Rzeczpospolita” vom 11.06.2004.
- Pszółkowska, D. (2009): Europa znudzona wyborami, „Gazeta Wyborcza”, 01.06.2009.
- Rosolak, A./Latosek, E. (2009): Prawą marsz, „Trybuna”, 09.06.2009.

- Skwieciński, P. (2009): Parlament, cicha rosnąca potęga, „Rzeczpospolita”, 08.06.2009.
- Śmiłowicz, P. (2004): Liga pokazuje zęby, „Rzeczpospolita” vom 15.06.2004.
- Śpiewak, P. (2004): Rzeczpospolita skopana, „Wprost” vom 27.06.2004.
- Stankiewicz, A. (2009): Mecz na wyjeździe, Newsweek - Polska, 31.05.2009.
- Stępińska, A. (2007): Style autoreprezentacyjne polskich kandydatów na eurodeputowanych, in: D. Piontek, Europejskie wybory Polaków. Referendum i wybory do Parlamentu Europejskiego. Poznań.
- Szostkiewicz, A. (2009): Tak, ale nie, „Polityka”, 30.05.2009.
- Szyborski, T. (2004): Od Buzka do Tajnera, „Rzeczpospolita” vom 06.06.2004.
- Toeplitz, K. T. (2004): Dalej od Europy, „Trybuna” vom 15.06.2004.
- Trusewicz, I. (2004): Warszawka robi desant, „Rzeczpospolita” vom 08.06.2004.
- Wildstein, B. (2009): Europejski spektakl pozorów, „Rzeczpospolita”, 02.06.2009.
- Wilkowicz, P. (2004): Pieniądze dla regionów, „Życie” vom 09./10.06.2004.
- Wronkowska, K. (2009a): Lepper łowi wyborców na obrączkę, „Dziennik”, 02.06.2009.
- Wronkowska, K. (2009b): Jak eurokandydaci omijają prawo, „Dziennik”, 04.06.2009.
- Zalesiński, Ł./Goss, M. (2009): Prawybyry: wata i nikła frekwencja, „Rzeczpospolita”, 01.06.2009.